

Vorstand bemüht sich um größere Effektivität der Verbandsarbeit

Der Bundesvorstand der Humanistischen Union hat sich auf seiner Sitzung am 9. Oktober 1971 eingehend mit der Problematik der politischen Tätigkeit der Humanistischen Union befaßt. Das Ergebnis seiner Überlegungen hat er in einem Brief an alle Ortsverbände und Arbeitsausschüsse der Humanistischen Union niedergelegt. Da der Inhalt dieses Briefes auch das Interesse aller Mitglieder finden dürfte, veröffentlichen wir ihn im folgenden in wesentlichen Auszügen.

I. Die Humanistische Union ist ein zahlenmäßig kleiner und finanziell schwacher Verband. Die Chancen der HU liegen darin, daß sie aus ihrer Freiheit von dogmatischen und gesamtprogrammatischen Festlegungen politische Vorschläge grundsätzlicher Art entwickeln kann.

Dank ihrer Unabhängigkeit von parteitaktischen Erwägungen kann sie für Forderungen eintreten, die von den Parteien vernachlässigt werden. Sie hat daher auch die Möglichkeit, Unterstützung aus den verschiedensten Kreisen zu mobilisieren.

Die politische Arbeit der HU kann nur erfolgreich sein, wenn ihre Äußerungen, Vorschläge und Forderungen sich durch Sachlichkeit, rationale Grundlage und Begründung auszeichnen.

Wenn die aktiven Mitglieder der HU sich von dieser Auffassung unserer Grenzen, Formen und Chancen leiten lassen, dann werden wir auch neue Mitglieder werben und somit auch unsere finanzielle Basis stärken können.

II. Ein Verband kann nur dann politisch wirken, wenn selbst bei divergierenden Anschauungen ein den ganzen Verband sammelnder politischer Kurs erkennbar ist. Nur dann sind die Aussagen des Verbands und aller seiner Gruppen glaubwürdig.

Der Bundesvorstand ist satzungsmäßig legitimiert und verpflichtet, für die Humanistische Union zu sprechen und dafür zu sorgen, daß in wesentlichen Fragen die Meinung der HU einheitlich zum Ausdruck kommt. Um dieser Pflicht zu genügen, bittet der Bundesvorstand alle Orts- und Landesverbände sowie andere Arbeitsgruppen und Ausschüsse der HU in Zukunft beachten:

1. Daß Beschlüsse des Bundesvorstands in grundsätzlichen Fragen der Bundespolitik für alle HU-Gruppen verbindlich sind.
2. Stellungnahmen in politisch grundsätzlichen Fragen oder zu Fragen der Bundespolitik sollten nicht ohne vorherige Abstimmung mit dem Bundesvorstand in der Öffentlichkeit, bei Behörden oder Abgeordneten abgegeben werden.
3. Analoges gilt für Fragen der Länderpolitik. Wo es Landesverbände gibt, ist eine vorherige Abklärung mit dem Landessprecher oder dessen Vertreter nötig. Wo dies nicht der Fall ist, tritt an die Stelle des Landessprechers ein Mitglied des Bundesvorstands.
4. Stellungnahmen zu örtlichen Angelegenheiten erfolgen durch die Ortsverbände. Dabei werden diese gebeten, in solchen Fällen nicht im Namen des Gesamtverbands zu sprechen und diesen nicht durch Erklärungen in grundsätzlichen politischen Angelegenheiten festzulegen versuchen.

III. Weil die HU sich nur durch die Qualität ihrer Arbeit profilieren kann, sie aber andererseits nicht die Mittel hat, um die wichtigen Vorarbeiten für politische Entscheidungen und Vorschläge durch bezahlte Kräfte besorgen zu lassen, wie dies anderswo üblich ist, ist die HU genötigt, die Bereitschaft zu freiwilliger Mitarbeit zu wecken und für diese Mit- und Zusammenarbeit praktikable Formen zu finden.

Aufruf!

Liebe Mitglieder!

Vor einigen Wochen hat unsere Geschäftsstelle endlich Räume bezogen, die ihr vernünftige Arbeitsmöglichkeiten geben, und von wo aus die Arbeit produktiver werden kann. Dadurch sind unsere Ausgaben gestiegen. Auch der Umzug hat Kosten verursacht. Ebenfalls seit einigen Wochen ist das Drucksachenporto und sind alle Telefongebühren erhöht, teils sogar verdoppelt worden. Mit allen diesen zusätzlichen Ausgaben konnten wir bei der Aufstellung unseres Haushaltsplans für 1971 nicht rechnen, und daher kommen wir jetzt zu kurz.

Wir bitten Sie herzlichst, uns in dieser Situation zu helfen! Wir haben den „Mitteilungen“ zwei Zahlkarten beigelegt, und hoffen, daß Sie nicht nur das auf DM 10,- ausgestellte Formular verwenden, sondern auch recht zahlreich von der Möglichkeit Gebrauch machen, uns auf der freien Zahlkarte höhere Beträge zuzuwenden.

Alle Spenden können bis zu fünf Prozent Ihres Jahreseinkommens vom Steuereinkommen abgesetzt werden. Falls die auf den Zahlungsbelegen aufgedruckte vereinfachte Form der Spendenbescheinigung Ihnen nicht genügt, stellen wir Ihnen auf Anforderung gern eine reguläre zu.

Mit vielem Dank im voraus
und mit freundlichen Grüßen
Der Bundesvorstand

Ergänzung unseres Literaturangebots

In Ergänzung der mit den letzten „Mitteilungen“ versandten Literaturliste dürfen wir noch auf folgende über die Geschäftsstelle der Humanistischen Union zu beziehenden Veröffentlichungen hinweisen:

Harald Jung und
Eckhard Spoo:

Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik, 165 Seiten, Carl Hanser Verlag München 1971 (Sonderdruck in der Schriftenreihe der Demokratischen Aktion) DM 3,50

Dr. Hans Robinsohn:

Gegen den § 218. Vorschläge und Argumente, 22 Seiten, DM 1,80

In der oben erwähnten Literaturliste ist uns ein Druckfehler unterlaufen. Der im Fischer-Verlag erschienene Band „Bürgerinitiativen“ kostet nicht DM 2,80, sondern DM 3,80.

Wir bitten unsere Mitglieder, im Falle ihres Interesses auch solche Veröffentlichungen über die Bundesgeschäftsstelle zu bestellen, die im normalen Buchhandel zu haben sind. Sie helfen dadurch der Humanistischen Union!

Der Vorstand hofft, die politische Arbeit der HU dadurch zu fördern, daß die notwendigen Vorarbeiten für politische Beschlüsse des Bundesvorstands und/oder der Delegiertenkonferenz durch **Fachausschüsse und Arbeitskreise** geleistet werden. Solche Ausschüsse oder Arbeitskreise sollen so zusammengesetzt sein, daß die Mitglieder, die dort zusammenarbeiten, möglichst nahe beieinander wohnen, und daß Kenner der den Ausschuß oder Arbeitskreis beschäftigenden Problematik dabei sind. Der Bundesvorstand hat unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Delegiertenkonferenz beschlossen, zunächst drei Ausschüsse zu bilden:

1. ein Ausschuß für „Die Rechte der Frau“, dessen Bildung Frau Dr. Charlotte Maack (Stuttgart) anvertraut wurde,
2. ein Ausschuß über „Meinungsfreiheit in den Massenmedien“, dem sich Herr Klaus Scheunemann (Frankfurt) widmen wird und

3. ein Ausschuß zum Problemkreis „Humanisierung der Arbeitswelt“, dessen Gestaltung Herr Prof. Fabian prüfen und übernehmen will.

Es sind weitere Arbeitskreise in Aussicht genommen, die sich mit Themen beschäftigen, die bereits Gegenstand der HU-Arbeit sind oder waren.

IV. Wir meinen, daß es wichtig und nötig ist, alle diese Fragen und Beschlüsse eingehend mit den Vertretern der Orts- und Landesverbände zu erörtern. Der gegebene Ort dafür ist der Verbandstag, der im Frühjahr 1972 zusammentreten und unter dem Thema „Formen, Möglichkeiten und Grenzen der politischen HU-Arbeit“ stehen soll.

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Der Ortsverband Mannheim hat bisher in seiner zusammen mit Frauengruppen und der ersten deutschen Frauenpartei seit Wochen durchgeführten Kampagne gegen den § 218 rund 5400 Solidaritätsunterschriften gesammelt. Interessant ist die statistische Aufschlüsselung dieser Solidaritätserklärung. Sie verteilen sich zunächst zu fast gleichen Teilen auf Männer und Frauen. Auch eine Aufschlüsselung nach Berufen zeigt, daß die Zustimmung zu unseren Forderungen, entgegen anders lautenden Behauptungen, aus allen Bevölkerungsschichten kommt. Den größten Teil der Unterschriften erhielt der Ortsverband Mannheim von Angestellten (42%). Es folgen die Hausfrauen (14%) und Arbeiter (12%). Es unterschrieben auch 20 Ärzte und Ärztinnen.

Der Ortsverband Dortmund veranstaltete von September bis Mitte November mehrere Vortragsabende. Es wurden dabei die Themen „Geschichte der Sexualität und Sexualmoral“, „Der moderne Humanismus“, „Kein Platz für Menschen?“ (Podiumsdiskussion zum geltenden Boden- und Mietrecht), „Kriegsbild und Friedensstrategie“, „Wehrdienstverweigerung“ und „Der Gefangene und die Gesellschaft“ behandelt. Für den 25. November 1971, 19.30 Uhr ist ein Vortrag von Herrn Peter Rath „Die Emanzipation der Frau“ und für den 29. November 1971, 19.30 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Religionsunterricht an öffentlichen Schulen – Staatliches Engagement für kirchliche Privilegien?“ vorgesehen. Beide Veranstaltungen finden im Fritz-Henßler-Haus, Bornstraße 1 statt.

Der Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin wird von der Staatsanwaltschaft wegen „Beleidigung und politisch übler Nachrede“ gegenüber dem Innenminister Neubauer vor dem Schöffengericht angeklagt. Wie wir seinerzeit berichteten, hatte der Landesverband im Rahmen des Berliner Wahlkampfes gegen den das sog. Handgranatengesetz und die Vorbeugehaft befürwortenden Innenminister mit einem Flugblatt Stellung genommen. Dieses Flugblatt wurde damals beschlagnahmt. Die Anklage stützt sich auf die Behauptungen in jenem Flugblatt. Auch die Verteilung eines entsprechend geänderten Flugblattes war seinerzeit zunächst behindert worden. Die Humanistische Union antwortet auf das fragwürdige Verfahren politisch, insbesondere Wahlkampfauseinandersetzungen mittels Gerichtsprozessen zu betreiben, mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht, mit der sie feststellen lassen will, daß die Behinderung der Flugblattverteilung rechtswidrig gewesen ist.

Der Ortsverband Marburg hat in Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Organisationen am 6. November 1971 einen Autokorso zur Wohnung des Bundesjustizministers Jahn, der gleichzeitig Marburger Bundestagsabgeordneter der SPD ist, organisiert. Damit sollte eindrucksvoll für unsere Forderungen zur Reform des § 218 und gegen die vom Justizminister vorgelegte untaugliche Indikationslösung protestiert werden.

Weiterhin plant der Ortsverband an einem oder mehreren Wochenenden in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring und der Arbeiterwohlfahrt Seminare über Sexualität, Liebe und Empfängnisverhütung durchzuführen. Auf einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der CDU, der SPD, des Stadtschülerrats und der Lehrerschaft soll über das Thema „War die Schülerrevolte ein Strohhalm?“ gesprochen werden. Diese Podiumsdiskussion soll der Start für die Arbeit eines Arbeitskreises sein, der sich mit der Demokratisierung an den Marburger Schulen beschäftigen will.

In Kaiserslautern hat sich ein neuer Ortsverband konstituiert. Vorsitzender ist Herr Heinz Bittner, 675 Kaiserslautern, Ohlkasterhohl 10. Die Mitglieder des Ortsverbandes treffen sich regelmäßig mittwochs um 20 Uhr in der „Neuen Eintracht“.

Als erste Aktion hat der Ortsverband in Kaiserslautern 800 Flugblätter mit „Informationen über den Kirchenaustritt in Kaiserslautern“ verteilt. Auch hier ging es, wie bei ähnlichen Aktionen in anderen Ortsverbänden nicht um eine Werbung für Kirchenaustritte, sondern um eine sachliche Aufklärung über die rechtlichen Verhältnisse.

In Essen fanden im Oktober zwei öffentliche Diskussionen mit HU-Beteiligung zur Problematik des § 218 statt.

Die Zusammenarbeit der Essener HU mit der Volkshochschule steht in diesem Herbst unter dem Thema der Strafrechtsreform. Im Oktober fand eine Veranstaltung „Sozialtherapeutische Anstalten in Nordrhein-Westfalen – Planung und Entwicklung“ und im November ein Vortrag mit dem Thema „Hilft die Gesellschaft ihren Gefangenen?“ statt. Am 8. Dezember 1971 wird eine Forumdiskussion u. a. mit Frau Dr. Heiga Einsele das Thema „Frauenstrafvollzug und Kind“ behandeln. Außerdem hat sich in Essen ein Arbeitskreis „Strafvollzug und Resozialisierung“ gebildet, der jeweils mittwochs um 20.15 Uhr in der Volkshochschule Essen zusammenkommt. Das nächste Treffen der Mitglieder der Humanistischen Union in Essen findet am 14. Dezember 1971, 20 Uhr in der Cafeteria der Volkshochschule statt.

In Schleswig-Holstein hat sich am 28. Oktober 1971 ein neuer Kreisverband der Humanistischen Union Lauenburg/Stormarn konstituiert. Kreisvorsitzender wurde Herr Henning Schiller, 2057 Wentorf, Mühlenstraße 28.

Der Ortsverband Hannover hat am 6. November 1971 seine Unterschriftenaktion für die Reform des § 218 fortgesetzt. An zwei Ständen in der Innenstadt wurden Unterschriften gesammelt. Für diese Aktion konnte der Ortsverband die Unterstützung der SPD-Bundestagsabgeordneten, Frau von Bothner, gewinnen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hamburg findet am 9. Dezember 1971 statt. Auf der Tagesordnung stehen der Tätigkeits- und Finanzbericht und die Wahl des neuen Ortsvorstandes. Der Ortsverband veranstaltet im Winterhalbjahr 1971/72 eine Vortragsreihe über moderne Probleme des Zusammenlebens. Der erste Vortrag hat am 15. November 1971 stattgefunden und behandelte das Thema „Umweltschutz – vorpolitische Maßstäbe“. Am 11. Januar 1972 wird Herr Rechtsanwalt Hans Heinz Heldmann über die Einheit von Strafrecht und Strafvollzug sprechen.

Die Ortsverbände in Bayern haben öffentlich die Bemühungen einiger progressiver Landtagsabgeordneter unterstützt, die Vorfälle anlässlich des Münchener Banküberfalls im Sommer von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß öffentlich klären zu lassen. Die CSU und der rechte Flügel der SPD versuchen, diese Untersuchung durch den Innenausschuß durchführen zu lassen. Das würde in Bayern den Ausschluß der Öffentlichkeit bedeuten. Der Ortsverband Nürnberg veranstaltete im Oktober ebenfalls eine Podiumsdiskussion zum Problem des § 218.

Die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Frankfurt findet am Freitag, 26. 11. 1971 um 20 Uhr im Haus „Dornbusch“ statt.

Am Dienstag, dem 30. 11. 1971, findet eine Podiumsdiskussion „War die Schülerrevolte ein Strohhalm?“ statt. Es sprechen Stadtschulrat Franz Bahl, ein Vertreter der CDU, der Landesschulsprecher Wolfgang Dette und Herr Herbert Stubenrauch vom Sozialistischen Lehrerbund. Ort der Veranstaltung ist ebenfalls das Haus „Dornbusch“ (Großer Saal).

Der Ortsverband Lübeck zeigte in der Woche vom 13. bis zum 19. November die vom Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim zusammengetragene Ausstellung von Kunstwerken von Strafgefangenen (vgl. „Mitteilungen“ Nr. 52).

Beim Ortsverband Karlsruhe sprach am 18. November 1971 Prof. Dr. Karl Steinbuch zum Thema „Die Verantwortung für die Zukunft“.

Anzeige

Paul Brecher

DAS GEHEIMNIS DER MENSCHWERDUNG

Das nun wirklich aufregendste Buch unserer Zeit!

Ganz anders als Jacques Monod, der da behauptete, daß der Mensch ein Zufallsprodukt der Natur sei, zeigt Brecher mit wissenschaftlicher und doch spielerisch leicht zu lesender Akribie, daß es, so wie es den Menschen nicht ohne die Natur, die Natur nicht ohne den Menschen gibt.

Das Geheimnis der Menschwerdung ist auch das Geheimnis der Naturwerdung.

Nur, der Mensch ist nicht nur biologisch ein Mensch, nicht nur soziologisch, sondern auch kulturell. Und dazu hat der Verfasser etwas Besonderes zu sagen. Schopenhauer schrieb einmal: „Ich kann mir kein schlimmeres Schicksal vorstellen, als das eines begabten Philosophen, der arm ist.“ Der Verfasser kann das bestätigen. Aber nicht nur er, viele, allzu viele Kulturschaffende leiden bittere Not. Institutionen, Organisationen und auch der Staat haben für sie kein Geld.

Um diese Kulturunwürdigkeit zu beseitigen schlägt der Verfasser die sofortige Abschaffung der KIRCHENSTEUER vor und plädiert für die Einführung einer KULTUR-STEUER in gleicher Höhe, der sich niemand entziehen darf.

Von dieser Kultursteuer können und sollen auch die Kirchen – warum nicht – finanziert werden. Aber nicht mehr ausschließlich. Alle kulturellen Organisationen, große und kleine, aber auch kulturschaffende Einzelpersonen müssen daraus Hilfe und Förderung erfahren.

So gesehen, kann dieses Brecher-Buch: „Das Geheimnis der Menschwerdung“ nicht nur wissenschaftlich, sondern auch kulturell eine absolute Wende bedeuten.

Das Buch, bibliophil ausgestattet, Großformat, Kunstdruckpapier, flexibel gebunden kostet DM 22,-. Zu beziehen durch: Verlag der IVE, 53 Bonn, Reuterstraße 14, Postscheckkonto Köln 250681, (Nachnahme oder Vorkasse) und alle Buchhandlungen.

Hinweis

Die Bundesgeschäftsstelle teilt mit Bedauern mit, daß aus technischen Gründen das seinerzeit für den 10. bis 12. Dezember 1971 angekündigte Seminar „Militär in der Demokratie“ leider ausfallen muß.